



Regierungsratsbeschluss vom 14. November 2017

Erneuerung des Staatsbeitrags an die Beratungsstelle der Stiftung Rheinleben in Basel für die Jahre 2018 bis 2021; Ausgabenbericht

P171249

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Schreibensentwurf an den Grossen Rat.
2. Der Vertrag zwischen dem Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt und der Stiftung Rheinleben betreffend die Beratungsstelle für die Jahre 2018 bis 2021 wird genehmigt.

Begründung

Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat Ausgaben für einen Staatsbeitrag für die Jahre 2018 bis 2021 von insgesamt 1'040'000 Franken (260'000 Franken pro Jahr) für die Beratungsstelle der Stiftung Rheinleben in Basel zu bewilligen. Der jährliche Staatsbeitrag kann gegenüber dem vorherigen Vertrag um 30'000 Franken gesenkt werden. Beratungsleistungen für psychisch kranke und behinderte Menschen bewähren und lohnen sich. Sie haben präventive Wirkung und können wesentlich zur Entlastung teurer, stationärer Betreuungsangebote für Personen mit psychischen Behinderungen und zur (Re-) Integration beitragen.

